



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Nachtrag 18 zur Wegleitung über die Renten (RWL) in der Eid- genössischen Alters-, Hinterlassenen- und In- validenversicherung

Gültig ab 1. Januar 2021

318.104.0118 d RWL

11.20

Vorwort zum Nachtrag 18, gültig ab 1. Januar 2021

Der vorliegende Nachtrag 18 erhält die auf den 1. Januar 2021 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/21 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Einerseits werden Präzisierungen, welche sich aufgrund der in der Praxis gesammelten Erfahrungen sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ergeben, aufgenommen. Andererseits werden Änderungen infolge der per 1. Januar 2021 Kraft tretenden Revisionen des ATSG sowie der Quellenbesteuerung notwendig. Zudem werden die Änderungen im Bereich der Betreuungsgutschriften, welche ebenfalls per 1. Januar 2021 in Kraft treten, berücksichtigt.

Bei der Überarbeitung der Wegleitung zur freiwilligen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (WFV) per 1. Januar 2021 wurden in Ansprache mit der Schweizerischen Ausgleichskasse (SAK) Randziffern bezüglich Rentenauszahlung sowie Lebenskontrollen aus der WFV entfernt, da diese nicht nur die freiwillige Versicherung betreffen. Die entsprechenden Bestimmungen werden neu in der Wegleitung über die Renten der AHV//IV in den entsprechenden Kapiteln aufgenommen.

Schlussendlich werden in den Anhängen I, III und VI die Zahlen aufgrund der Rentenerhöhung sowie der in Kraft tretenden Reform der Ergänzungsleistungen angepasst und ergänzt.

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU (FZA) gilt ab dem 1. Januar 2021 nicht mehr für die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich.

Die im Bereich der sozialen Sicherheit erworbenen Rechte von Personen, die vor dem 1. Januar 2021 von Seiten der Schweiz und des Vereinigten Königreichs dem FZA unterstellt waren, bleiben auf der Grundlage des Abkommens über die Bürgerrechte gewahrt (vgl. www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/int/brexit.html und [Mitteilung an die AHV-Ausgleichskasse und EL-Durchführungsstellen Nr. 430 vom 16.11.2020](#)).

Zur neuen Regelung, die ab dem 1. Januar 2021 für die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich gilt, stehen auf der [Internetseite des BSV](#) spezifische Informationen zur Verfügung.

- 1304
1/21 Von den amtlichen Ausweisschriften, die der Prüfung der Personalien dienen (Niederlassungsbewilligung, Familienbüchlein, Ausländerausweis etc.) ist bei ausländischen Staatsangehörigen vom Ausländerausweis stets eine Kopie im Rentendossier aufzubewahren ([Rz 1082 KSQST](#)). Die IV-Stelle hat bei der Überprüfung der Personalien bei ausländischen Staatangehörigen in jedem Fall eine Kopie des Ausländerausweises zu erstellen und der Ausgleichskasse mit der Anmeldung zuzustellen.
- 2036
1/21 Bei quellensteuerpflichtigen IV-Leistungen übermittelt die bisher zuständigen Ausgleichskasse der neuen Ausgleichskasse alle für die Prüfung und Durchführung der Quellenbesteuerung notwendigen Unterlagen ([Rz 1082 KSQST](#)).
- 2042
1/21 Wurde auf der IV-Rente die Quellensteuer erhoben, so ist die neu zuständige Ausgleichskasse ab dem Zuwachs für die Prüfung und Durchführung der Quellenbesteuerung zuständig ([vgl. KSQST](#)).
- 3342.1
1/21 Besitzt der rentenberechtigte Elternteil die schweizerische Staatsangehörigkeit (oder EU/EFTA) oder diejenige eines Staates, mit dem ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen wurde, oder den Status als anerkannter Flüchtling (Urteil des BGer 9C_460/2018 vom 21. Januar 2020), so entsteht für das Kind ein Anspruch auf die Kinderrente unabhängig seiner eigenen Staatsangehörigkeit und seines Wohnsitzes. Massgebend für den Anspruch auf eine Kinderrente ist daher stets die Staatsangehörigkeit oder der Status als anerkannter Flüchtling und der Wohnsitz des rentenberechtigten Elternteils.
- 3342.2
1/21 Dagegen entsteht kein Anspruch auf die Kinderrente für Kinder von Staatsangehörigen eines Nichtvertragsstaates (Ausnahme von anerkannten Flüchtlingen, vgl. Rz 3342.1), wenn das Kind seinen Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Schweiz hat und sofern das Kind nicht die schweizerische (oder EU/EFTA) Staatsangehörigkeit hat.

- 3514
1/21 Während der Dauer einer Strafverbüßung oder jedes anderen durch den Strafrichter angeordneten Freiheitsentzuges ist die Invalidenrente der davon betroffenen Person zu sistieren. Entzieht sich die Person dem Straf- oder Massnahmenvollzug, so ist die Sistierung ab dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem der Straf- oder Massnahmenvollzug hätte beginnen sollen. Wurde hingegen der Vollzug mit der Zustimmung der zuständigen Behörde verschoben, so erfolgt die Sistierung erst auf den Zeitpunkt des effektiven Vollzuges ([Art. 21 Abs. 5 ATSG](#)).
- 3514.1
1/21 Die Rente ist nicht zu sistieren, wenn der stationäre Massnahmenvollzug eine Erwerbstätigkeit zulässt ([vgl. Rz 6001 ff KSIH](#)). Kein Sistierungsgrund liegt zudem vor, wenn eine invalide Person von einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung betroffen ist.
- 4110
1/21 Asylsuchende, Schutzbedürftige (Ausweis S) und vorläufig aufgenommene Ausländer (Ausweis F) in der Schweiz begründen hier ihren Wohnsitz, selbst wenn sie die Absicht zur Rückkehr in die Heimat haben, sobald es die Verhältnisse erlauben. Der Wohnsitz in der Schweiz besteht dabei ab dem Zeitpunkt der Einreise.
Asylsuchende sind Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. Der Ausweis für Schutzbedürftige (Ausweis S) berechtigt zum vorläufigen Aufenthalt in der Schweiz, jedoch weder zum Grenzübertritt noch zur Rückkehr in die Schweiz. Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) sind Personen, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, wobei sich aber der Vollzug der Wegweisung als unzulässig (Verstoss gegen Völkerrecht), unzumutbar (konkrete Gefährdung des Ausländers) oder unmöglich (vollzugstechnische Gründe) erwiesen hat.
- 5021.1
1/21 Wenn unterjährige ausländische Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind ([vgl. Rz 4005 und 4008 KSBIL](#)), ist bei der Lückenschliessung in folgender Reihenfolge vorzuge-

hen: Jugendjahre, unterjährige ausländische Versicherungszeiten, Zusatzjahre, Beitragsmonate aus dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles.

- 5042
1/21 Anzurechnen als volle Beitragsjahre sind ferner vor dem 1. Januar 1983 liegende Zeitabschnitte, für welche Beiträge freiwillig versicherter Personen mangels Überweisungsmöglichkeiten gestundet worden und in der Folge verjährt sind ([Art. 2 Abs. 6 AHVG](#); [Art. 19 Abs. 2 VFV](#)). Sie werden sowohl für die Bestimmung der Rentenskala als auch für die Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens herbeigezogen.
- 5216
1/21 Bezog oder bezieht einer der Ehegatten eine ausserordentliche IV-Rente ohne dass eine ordentliche Rente zugrunde lag, so unterbleibt die Anrechnung eines massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens. Dagegen ist das in diese Zeitspanne fallende Erwerbseinkommen aus der Ausübung der Resterwerbsfähigkeit und NE-Beiträge – unabhängig des IV-Grades – zu teilen.
- 5312
1/21 – die von einer Person in einer ausländischen Versicherung zurückgelegten Beitragszeiten (s. [KSBIL](#))
- 5504.1
1/21 Für die Anrechnung einer Betreuungsgutschrift ist ein tatsächlicher Bezug der Hilflosenentschädigung nicht erforderlich. Es genügt, dass im fraglichen Zeitraum Anspruch bestünde, d.h. insbesondere eine Hilflosigkeit erwiesen ist oder als erstellt gelten kann, jedoch die betreute Person etwa wegen verspäteter Anmeldung keine Entschädigung beziehen kann ([Urteil des BGer 9C 264/2015 vom 12. August 2015](#)). Für die Feststellung der Hilflosigkeit ist die IV-Stelle zuständig.
- 5511
1/21 Der gemeinsame Haushalt der Ehegatten gilt als aufgehoben, wenn die Trennung vom Richter festgestellt wurde oder wenn im Eheschutzverfahren die Ehe durch richterliche Feststellung oder Verfügung vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit getrennt wurde. Leben die getrennten Ehegatten trotzdem weiterhin oder wieder in Hausgemeinschaft, so sind die Renten zu plafonieren.

- 5711
1/21 War der erstrentenberechtigte Ehegatte vor dem Anspruch auf seine Altersrente in rentenbegründendem Ausmass invalid, so sind beim Eintritt des zweiten Versicherungsfalls unter Berücksichtigung der geteilten Einkommen dieselben Vergleichsrechnungen zu machen wie bei der Ablösung der IV-Rente durch die Altersrente. Handelt es sich bei der abgelösten IV-Rente um ein Wiederaufleben der Invalidität und wurde bereits eine Vergleichsrechnung vorgenommen, ist dieselbe Vergleichsrechnung - unter Einbezug der geteilten Einkommen - vorzunehmen. Ausgerichtet wird die Rente, welche für das Ehepaar im Gesamtbetrag (inkl. Rente des anderen Ehegatten und allfälligen Kinderrenten) günstiger ist.
- 9206
1/21 Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist zudem die zuständige Steuerbehörde über den Wegfall des Leistungsanspruchs in Kenntnis zu setzen ([Rz 1061-1062 KSQST](#)).
- 9212.1
1/21 Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist bei der Erhöhung einer bisherigen $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ -Rente auf eine ganze Rente die Entlassung aus der Quellensteuerpflicht zu vollziehen ([Rz 1061 - 1063 KSQST](#)). Falls eine ganze IV-Rente auf eine $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ -Rente herabgesetzt wird ist die Quellensteuerpflicht zu prüfen ([Rz 1004 ff. KSQST](#)).
- 10062
1/21 Unterliegt die leistungsberechtigte Person der Quellensteuerpflicht, so ist zudem [Rz 1038 KSQST](#) zu beachten.
- 10079
1/21 Unterliegt die leistungsberechtigte Person der Quellensteuerpflicht, so ist zudem [Rz 1038 KSQST](#) zu beachten.
- 10101.1
1/21 Renten und andere Geldleistungen werden den im Ausland wohnenden Personen durch die Schweizerische Ausgleichskasse ausbezahlt. Barauszahlungen ins Ausland sind nicht möglich.
- 10101.2
1/21 Die Leistungen werden in Schweizer Franken festgelegt. Werden sie ins Ausland ausgerichtet, erfolgt die Zahlung in der Währung des Wohnstaates der leistungsberechtigten Person oder in einer anderen einlösbaren Währung. Die

Umrechnung in die Fremdwährung wird durch die Finanzpartner zum Tageskurs am Ausführungsdatum vorgenommen.

10101.3 Die mit der Auszahlung von Leistungen verbundenen Spesen gehen zu Lasten der Schweizerischen Ausgleichskasse. Vorbehalten bleiben allfällige Gebühren, welche das Finanzinstitut der leistungsberechtigten Person erhebt.
1/21

10605 Wurde auf zu Unrecht oder zu viel ausgerichteten IV-Renten die Quellensteuer erhoben, hat die Ausgleichskasse sowohl gegenüber der zuständigen Steuerbehörde wie auch gegenüber der anspruchsberechtigten Person eine Korrektur der Abrechnung vorzunehmen ([Rz 1040 KSQST](#)).
1/21

1/21 **10.7.4 Erlöschen der Rückforderung**

10625 Der Rückforderungsanspruch der Ausgleichskasse erlischt drei Jahre nachdem sie bei Beachtung der ihr zumutbaren Aufmerksamkeit erkennen musste, dass die Voraussetzungen der Rückerstattung gegeben sind und nachdem ihr der Umfang der Rückforderung bekannt geworden ist (ZAK 1985 S. 527), spätestens aber (unter Vorbehalt der längeren strafrechtlichen Verjährungsfrist) mit Ablauf von fünf Jahren seit der einzelnen Rentenzahlung ([Art. 25 ATSG](#)).
1/21

10625.1 Sind am Erlass der ursprünglichen Leistungsverfügung zwei verschiedene Verwaltungsstellen (IV-Stelle und Ausgleichskasse) beteiligt und unterläuft der einen ein Irrtum, welchen die andere aufgrund der zugestellten Verfügungskopie nicht bemerkt, ist von einem einzigen Fehler auszugehen. Der für die Auslösung der Dreijahresfrist vorausgesetzte zweite Anlass ist erst zu einem späteren Zeitpunkt gegeben, wenn Grund für eine erneute Prüfung des Dossiers besteht.
1/21

11009 Als gezielte und allenfalls noch notwendige Kontrollmassnahme im Einzelfall sind Lebensbescheinigungen einzuholen.
1/21

- 11009.1 Bezüglich den im Ausland wohnhaften Leistungsbezügerin-
1/21 nen und -bezügern überprüft die Schweizerische Ausgleichskasse jährlich, ob die leistungsberechtigten Personen noch leben und regelmässig, ob ihr Zivilstand keine Änderung erfahren hat. Die möglichen Kosten der Bescheinigungen gehen zu Lasten der leistungsberechtigten Personen.
- 11010.1 Auf Verlangen der Schweizerischen Ausgleichskasse oder
1/21 der leistungsberechtigten Person wird die Bescheinigung von der offiziellen Schweizer Auslandvertretung im Wohnsitzstaat der leistungsberechtigten Person bestätigt. Hierzu muss die leistungsberechtigte Person persönlich bei der Auslandvertretung versprechen oder amtliche Dokumente neuesten Datums zustellen, aus denen die zu prüfenden Verhältnisse einwandfrei hervorgehen.
- 11010.2 Die Schweizerische Ausgleichskasse kann auf eine Le-
1/21 bensbescheinigung verzichten, wenn ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Wohnsitzstaat über den Austausch von Todesdaten besteht oder, wenn Todesfälle im Ausland systematisch von einer anerkannten Behörde gemeldet werden.
- 11011 Das Gleiche gilt sinngemäss, wenn nur einzelne Familien-
1/21 angehörige im Ausland wohnen oder sich dort aufhalten, die Renten aber in der Schweiz ausbezahlt werden.

Anhang I

1/21

1. Erfüllung der Mindestbeitragspflicht

Ob für einen Zeitabschnitt, während welchem eine Person *versichert und beitragspflichtig* war, der entsprechende Mindestbeitrag entrichtet worden ist bzw. für welchen Zeitraum die Beitragspflicht als erfüllt gilt, ist wie folgt festzustellen.

2. Kalenderjahre, für welche im IK Einkommen aufgezeichnet wurden

2.1 Unselbständigerwerbende

2.1.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	64	129	193	258	322	387	451	516	580	645	709	710
1973–1978	83	166	250	333	416	500	583	666	750	833	916	917
1979–1981	166	333	500	666	833	1000	1166	1333	1500	1666	1833	1834
1982–1985	208	416	625	833	1041	1250	1458	1666	1875	2083	2291	2292
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019-2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
ab 2021	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.1.2 Doppelter Mindestbeitrag

Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, werden für den nichterwerbstätigen Ehegatten wie folgt ermittelt. Ausgehend vom IK-Eintrag des erwerbstätigen Ehegatten, ist dem nichterwerbstätigen Ehegatten die Beitragsdauer gemäss nachstehender Tabelle anzurechnen.

Beispiel:

Der erwerbstätige Ehegatte hat für das Jahr 1996 einen IK-Eintrag von 6000 Franken. Dem nichterwerbstätigen Ehegatten können folglich 10 Monate angerechnet werden.

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1969–1972	128	258	386	516	644	774	902	1032	1160	1290	1418	1419
1973–1978	166	332	500	666	832	1000	1166	1332	1500	1666	1832	1833
1979–1981	332	666	1000	1332	1666	2000	2332	2666	3000	3332	3666	3667
1982–1985	416	832	1250	1666	2082	2500	2916	3332	3750	4166	4582	4583
1986–1989	500	1000	1500	2000	2500	3000	3500	4000	4500	5000	5500	5501
1990–1991	535	1070	1605	2140	2675	3210	3745	4280	4815	5350	5885	5886
1992–1995	594	1188	1782	2376	2970	3564	4158	4752	5346	5940	6534	6535
1996–2002	644	1288	1932	2576	3220	3864	4508	5152	5796	6440	7084	7085
2003–2006	701	1402	2103	2804	3505	4206	4907	5608	6309	7010	7711	7712
2007–2008	734	1468	2202	2936	3670	4404	5138	5872	6606	7340	8074	8075
2009–2010	759	1518	2277	3036	3795	4554	5313	6072	6831	7590	8349	8350
2011–2012	769	1538	2307	3076	3845	4614	5383	6152	6921	7690	8459	8460
2013–2018	778	1556	2334	3112	3890	4668	5446	6224	7002	7780	8558	8559
2019-2020	784	1568	2352	3136	3920	4704	5488	6272	7056	7840	8624	8625
ab 2021	791	1582	2373	3164	3955	4746	5537	6328	7119	7910	8701	8702
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.2 Nichterwerbstätige

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	67	134	201	268	335	402	469	536	603	670	737	738
1973–1978	83	166	249	332	415	498	581	664	747	830	913	914
1979–1981	167	334	501	668	835	1002	1169	1336	1503	1670	1837	1838
1982–1985	208	416	624	832	1040	1248	1456	1664	1872	2080	2288	2289
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019-2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
ab 2021	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3 Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber

Wegen der sinkenden Beitragsskala ist bei der Abklärung über die Erfüllung der Mindestbeitragspflicht allenfalls in zwei Schritten wie folgt vorzugehen:

Sind im IK mindestens die nachfolgenden Einkommen eingetragen, so ist die *jährliche Mindestbeitragspflicht* – im Falle unterjähriger Versicherungs- und Beitragspflicht die Beitragspflicht für die entsprechenden Monate – in jedem Fall erfüllt:

2.3.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1968	551
1969–1972	1 412
1973–1975	1 834
1976–1978	1 788
1979–1981	3 631
1982–1985	4 529
1986–1989	5 435
1990–1991	5 809
1992–1995	6 458
1996–2002	6 986
2003–2006	7 613
2007–2008	7 976
2009–2010	8 240
2011–2012	8 339
2013–2018	8 559
2019-2020	8 625
ab 2021	8 702

Unterschreiten die im IK eingetragenen Einkommen die oben aufgeführten Grenzwerte, so ist bei der für den Beitragsbezug zuständigen Ausgleichskasse der für das einzelne Kalenderjahr tatsächlich bezahlte AHV- (bis 1959) bzw. AHV/IV/EO-Beitrag (ab 1960) zu erfragen und gestützt darauf anhand der nachfolgenden Tabelle die Anzahl der Monate, für die die Beitragspflicht als erfüllt gilt, zu ermitteln (es ist durchaus möglich, dass trotz Unterschreitung der Grenzwerte gemäss obiger Tabelle anhand der nachstehenden Tabelle die jährliche Mindestbeitragspflicht als erfüllt gilt).

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960–1968	AHV/IV/EO	1	2	3	4	6	7	8	9	10	12	13	14
1969–1972	AHV/IV/EO	4	8	12	16	20	24	28	32	36	40	44	45
1973–1975	AHV/IV/EO	7	15	22	30	37	45	52	60	67	75	82	83
1976–1978	AHV/IV/EO	8	16	25	33	41	50	58	66	75	83	91	92
1979–1981	AHV/IV/EO	16	33	50	66	83	100	116	133	150	166	183	184
1982–1985	AHV/IV/EO	20	41	62	83	104	125	145	166	187	208	229	230
1986–1989	AHV/IV/EO	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1990–1991	AHV/IV/EO	27	54	81	108	135	162	189	216	243	270	297	298
1992–1995	AHV/IV/EO	30	60	90	120	150	180	210	240	270	300	330	331
1996–2002	AHV/IV/EO	32	65	97	130	162	195	227	260	292	325	357	358
2003–2006	AHV/IV/EO	35	70	106	141	177	212	247	283	318	354	389	390
2007–2008	AHV/IV/EO	37	74	111	148	185	222	259	296	333	370	407	408
2009–2010	AHV/IV/EO	38	76	115	153	191	230	268	306	345	383	421	422
2011–2012	AHV/IV/EO	39	79	118	158	197	237	277	316	356	395	435	436
2013–2015	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	240	280	320	360	400	440	441
2016–2018	AHV/IV/EO	39	79	119	159	199	239	278	318	358	398	438	439
2019	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	241	281	321	361	401	441	442
2020	AHV/IV/EO	41	82	124	165	206	248	289	330	372	413	454	455
ab 2021	AHV/IV/EO	41	83	125	167	209	251	293	335	377	419	461	462
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3.2 Doppelter Mindestbeitrag

Für die Ermittlung der Beitragsdauer des nichterwerbstätigen Ehegatten einer selbständigerwerbenden Person ist analog 2.1.2 vorzugehen.

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1953	1 013
1954–1968	1 101
1969–1972	2 751
1973–1978	3 576
1979–1981	7 239
1982–1983	8 801
1984–1985	8 988
1986–1989	10 638
1990–1991	11 364
1992–1995	12 563
1996–2002	13 663
2003–2006	14 851
2007–2008	15 588
2009–2010	16 138
2011–2012	16 314
2013–2018	16 688
2019-2020	16 864
ab 2021	17 051

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	2	4	6	8	10	12	14	16	18	20	22	23
1960–1968	AHV/IV/EO	2	4	6	8	12	14	16	18	20	24	26	27
1969–1972	AHV/IV/EO	8	16	24	32	40	48	56	64	72	80	88	89
1973–1975	AHV/IV/EO	14	30	44	60	74	90	104	120	134	150	164	165
1976–1978	AHV/IV/EO	16	32	50	66	82	100	116	132	150	166	182	183
1979–1981	AHV/IV/EO	32	66	100	132	166	200	232	266	300	332	366	367
1982–1985	AHV/IV/EO	40	82	124	166	208	250	290	332	374	416	458	459
1986–1989	AHV/IV/EO	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1990–1991	AHV/IV/EO	54	108	162	216	270	324	378	432	486	540	594	595
1992–1995	AHV/IV/EO	60	120	180	240	300	360	420	480	540	600	660	661
1996–2002	AHV/IV/EO	65	130	195	260	325	390	455	520	585	650	715	716
2003–2006	AHV/IV/EO	70	141	212	283	354	425	495	566	637	708	779	780
2007–2008	AHV/IV/EO	74	148	222	296	370	445	519	593	667	741	815	816
2009–2010	AHV/IV/EO	76	153	230	306	383	460	536	613	690	766	843	844
2011–2012	AHV/IV/EO	79	158	237	316	395	475	554	633	712	791	870	871
2013–2015	AHV/IV/EO	80	160	240	320	400	480	560	640	720	800	880	881
2016–2018	AHV/IV/EO	79	159	239	318	398	478	557	637	717	796	876	877
2019	AHV/IV/EO	80	160	241	321	401	482	562	642	723	803	883	884
2020	AHV/IV/EO	82	165	248	330	413	496	578	661	744	826	909	910
ab 2021	AHV/IV/EO	83	167	251	335	419	503	586	670	754	838	922	923
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Anhang III

1/21

Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder Erläuterungen

1. Die massgebenden Ansätze des EVG entsprechen den Beträgen der von H. Winzeler (Die Bemessung der Unterhaltsbeiträge für Kinder, Diss. Zürich 1974) ermittelten Werte (ZAK 1978 S. 311). Bei den angegebenen Werten handelt es sich um die ungekürzten Ansätze (s. AHV-Mitteilung Nr. 32).
2. Seit 1988 werden die Unterhaltsansätze jeweils im gleichen Zeitpunkt wie die Renten und im gleichen Ausmass der Lohn- und Preisentwicklung angepasst.
3. Die Ansätze sind in den folgenden Fällen anzuwenden:
 - a. der halbe Ansatz zur Prüfung, ob der geschiedene Elternteil für die ihm zugesprochenen Kinder überwiegend aufkommt und daher eine Zusatzrente zur Rente des geschiedenen Ehegatten ausgerichtet werden kann;
 - b. der Viertelsansatz zur Bestimmung der Unentgeltlichkeit eines Pflegeverhältnisses (Rz 3309 ff.).

Anhang III

1/21

Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder

Kinder	Altersjahr	1/2					1/4				
		2011	2013	2015	2019	2021	2011	2013	2015	2019	2021
1 Kind	bis 6	741	747	750	757	763	370	373	375	378	382
	7-12	788	795	798	805	812	394	397	399	403	406
	13-16	788	795	798	805	812	394	397	399	403	406
	17 u. älter	903	911	915	923	931	452	456	457	461	465
1 von 2 Kindern	bis 6	621	626	628	634	639	310	313	314	317	320
	7-12	672	678	681	687	692	336	339	340	343	346
	13-16	681	687	690	696	702	340	343	345	348	351
	17 u. älter	762	769	772	779	785	381	384	386	389	393
1 von 3 Kindern	bis 6	561	566	568	573	578	280	283	284	287	289
	7-12	591	596	598	604	609	295	298	299	302	304
	13-16	600	605	607	613	618	300	302	304	306	309
	17 u. älter	685	691	694	700	706	342	345	347	350	353
1 von 4 od. mehr Kindern	bis 6	518	523	525	530	534	259	261	262	265	267
	7-12	557	562	564	569	574	278	281	282	285	287
	13-16	557	562	564	569	574	278	281	282	285	287
	17 u. älter	629	635	637	643	648	315	317	319	322	324

Anhang VI

1/21

Übersicht über die bundesrechtlichen Ansätze für die Härtefallberechnung der laufenden Renten (vgl. Rz 3104 ff.) und die Berechnung der grossen Härte (Rz 10712 ff.)**Stand 1. Januar 2021****Gemeinsame Ansätze**

	Jahresbeträge in Franken
<i>Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf</i>	
– für Alleinstehende	19 610
– für Ehepaare	29 415
für Kinder ab 11 Jahren	
– für jedes der ersten zwei Kinder	10 260
– für jedes der weiteren zwei Kinder	6 840
– für jedes der übrigen Kinder	3 420
für Kinder bis 11 Jahre	
– für das erste Kind	7 200
– für das zweite Kind	6 000
– für das dritte Kind	5 000
– für das vierte Kind	4 165
– für jedes der übrigen Kinder	3 470
<i>Krankenkassenprämie</i>	
– für Erwachsene	7 332
– für junge Erwachsene	5 736
– für Kinder	1 776

Ansätze nur für die Berechnung des Härtefalles

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	16 440
– Ehepaar ohne Kinder	19 440
– Ehepaar mit einem Kind	21 600
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	23 520
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	9 720
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	15 900
– Ehepaar ohne Kinder	18 900
– Ehepaar mit einem Kind	20 700
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	22 500
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	9 450
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	14 520
– Ehepaar ohne Kinder	17 520
– Ehepaar mit einem Kind	19 320
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	20 880
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	8 760

¹ Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Ansätze nur für die Berechnung der grossen Härte

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	16 440
– Ehepaar ohne Kinder	19 440
– Ehepaar mit einem Kind	21 600
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	23 520
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ²	9 720
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	15 900
– Ehepaar ohne Kinder	18 900
– Ehepaar mit einem Kind	20 700
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	22 500
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	9 450
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	14 520
– Ehepaar ohne Kinder	17 520
– Ehepaar mit einem Kind	19 320
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	20 880
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	8 760
Betrag für persönliche Auslagen (für Personen in Heimen und Spitälern)	4 800
Vermögensverzehr für Personen in Heimen und Spitälern, die das ordentliche Rentenalter noch nicht erreicht haben (Invalidenrenten, Hinterlassenenrenten, Waisenrenten)	1/15
Vermögensverzehr für Altersrentnerinnen und -rentner sowie Hinterlassenenrentnerinnen und -rentner im ordentlichen Rentenalter in Heimen und Spitälern	1/10
kant. Begrenzung der Heimkosten	keine
<i>zusätzliche Ausgabe</i>	
– bei Alleinstehenden	8 000
– bei Ehepaaren	12 000
– bei Waisen und Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	4 000

² Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Übersicht über die Freibeträge für die Anrechnung des Vermögens (Art. 11 Abs. 1 Bst. c und 1^{bis} ELG)

	Jahresbeträge in Franken
Alleinstehende	30 000
Ehepaare	50 000
bei rentenberechtigten Waisen sowie Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	15 000
Selbstbewohnte Liegenschaft (Normalfall)	112 500
Selbstbewohnter Liegenschaftsbesitz (Sonderfälle):	300 000
a) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, während der andere im Heim oder Spital lebt;	
b) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, welcher eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht;	
c) Die Liegenschaft wird von einer alleinstehenden Person bewohnt, welche eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht.	